

# Was tun?! - Einige Überlegungen über Handlungsansätze des Aktionsbündnis Sozialproteste(ABSP), Demonstrationen im Herbst und und Kampagnenansätze bis zum Frühjahr

## 1. Nach der Demonstration ist vor der Demonstration?

- ⊗ Das Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) hat sich spätestens seit seinem inhaltlichen Agieren auf der Strategie- und Aktionskonferenz 2005 zu einem kollektiven **Akteur in den sozialen Auseinandersetzungen** in der Bundesrepublik entwickelt.
- ⊗ Innerhalb der Bündniskonstellation für die **Demonstration am 3. Juni** diesen Jahres hatte das ABSP eine wichtige Rolle als ein Vermittler zwischen der alten und der neuen Linken, zwischen Akteuren aus der Gewerkschaftsbewegung und den Selbstorganisationsstrukturen der Erwerbslosen gespielt.
- ⊗ So prekär, wie die Bündnisaufstellung und die Vorbereitung mit unter auch war, es ist gelungen eine übergreifende Mobilisierung jenseits des engeren Umfeldes der organisierten Linken, der gewerkschaftlichen Basisaktivisten und der Erwerbslosenproteste zu schaffen und die logistischen, wie finanziellen Voraussetzung ohne massive Unterstützung von eingespielten Apparaten zu bewerkstelligen.
- ⊗ Und doch war diese Demonstration nur ein **Achtungserfolg für einen neuen bundesweiten Akteur** und nicht mehr. Wir haben eine eigene Handlungsfähigkeit demonstriert, gezeigt, dass man auf der bundesweiten Ebene der politischen Auseinandersetzungen auch mit den Sozialprotestlern rechnen muss, dass sich da eine neue Sozialbewegung organisatorisch und programmatisch gefestigt hat.
- ⊗ Das politische Event einer bundesweiten Demonstration ist wichtig, um den Gefühl der Machtlosigkeit das **unmittelbare Erleben von Stärke und Solidarität** entgegen zu setzen. Demonstrationen sind die medialen Bühnen, auf den politische Kämpfe um **Deutungshoheiten in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung** geführt werden.

## 2. Demonstration des Montagemonstrationsumfeldes der MLPD oder die Dachkampagne des DGB begleiten?

- ⊗ Das ABSP hat eine lange Debatte über seine programmatischen Forderungen geführt, mit denen wieder soziale Grundrechte und ein Leben in Würde durchgesetzt und die Repression des HartzIV-Maßnahme-Staates beseitigt werden. Deshalb haben wir uns als neue Erwerbslosen- und soziale Protestbewegung dafür stark gemacht, dass drei Grundelemente gegen die strukturelle Erwerbslosigkeit zusammen gebracht werden müssen:
  - ⊗ eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung (und deren Weiterentwicklung zu einem voraussetzungsfreien Grundeinkommen),
  - ⊗ die Notwendigkeit von gesetzlichen Mindestlöhnen, die im Falle der Erwerbslosigkeit deutlich oberhalb der europäisch berechneten Armutsrisikogrenze liegen, bzw. der Sicherung Arbeitnehmerrechten in prekären Beschäftigungsverhältnissen (Lidl-Kampagne),
  - ⊗ eine notwendige Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung und Umverteilung von existenzsichernder Erwerbsarbeit, der Ausweitung eines öffentlichen Beschäftigungssektors und einer Wiederaneignung des gemeinnützigen Eigentums und Wirtschaftens zusammen geführt haben.
- ⊗ Das ABSP steht vor der Herausforderung scheinbar widersprüchliche

Politikkonzeptionen miteinander zu verbinden:

- ⊗ Es geht sowohl darum unabhängige Beratungsangebote zu schaffen und durch Direkte Aktionen der „Überflüssigen“ zu einem unkalkulierbaren Faktor bei politischen Entscheidungsträger/innen und Verwaltungsbehörden zu werden, um das Maß der durchgesetzten Repressionen der Betroffenen in den Agenturen und bei MAE-Trägern zu reduzieren,
  - ⊗ Es geht auch darum, mit Instrumenten der gegenseitigen Selbsthilfe ein praktisches Überleben in Würde trotz der prekären Armut abzusichern.
  - ⊗ Und es geht um die Frage, ob es uns gelingt in der heterogenen Mehrheitsgesellschaft gesellschaftspolitische Alternativen wieder denkbar zu machen, die Kämpfe der Erwerbslosen mit denen der Belegschaften in den Betrieben zu verbinden, um gemeinsam gegen die neue Normalität von Niedriglohnarbeit unter dem Existenzminimum und ungesicherten Rechten der Beschäftigten vorzugehen.
- ⊗ Orientiert sich das ABSP als bundesweites Netzwerk an dem „klassenkämpferischen“ Konzept der MLPD-nahen Montagsdemonstrationen, dann wird es solchen übergreifenden Bündnisse Vorort und in den Regionen erschweren und auf der Ebenen bundesweiten Bündnisse maximal auf den Trägerkreis der Demonstration vom 3. Juni einschränken. Wahrscheinlich würde sich in diesem Fall auch ein Teil der gewerkschaftlichen Bewegungsmenschen zurückziehen, auch die partielle Zusammenarbeit mit der Linkspartei wäre beendet, einige Regionen und Städte, wie das SAB in Berlin würden ihre Kooperationsleistungen für das ABSP einschränken.
- ⊗ Die Konflikte mit der MLPD reichen bis zur Demonstration vom 1.11.03, dem Startpunkt des jetzigen Protestzyklus zurück, lassen sich nicht auf private Missverständnisse und Vorurteile zurückführen, sondern liegen in der Programmatik der MLPD selber begründet:

*„11. Die jahrzehntelange **Verinnerlichung der kleinbürgerlichen Denkweise** im Denken, Fühlen und Handeln der Massen und die allseitige Manipulation der »öffentlichen Meinung« verhindern ein plötzliches Umschlagen einer Wirtschaftskrise in eine revolutionäre Krise. ... Systematisch wird die bürgerliche Weltanschauung in Form von **Pragmatismus, Skeptizismus und Individualismus** in die Arbeiterbewegung getragen, um das reformistische und revisionistische Gedankengut zu rechtfertigen. Damit die Arbeiterklasse strategisch in die Offensive kommt, muss sie mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Partei lernen, mit der kleinbürgerlich-reformistischen und kleinbürgerlich-revisionistischen Denkweise fertig zu werden. **Deren bewusste Verdrängung durch die proletarische Denkweise bedeutet in der Praxis den Übergang zur Arbeiteroffensive und ist eine grundlegende Voraussetzung für das Heranreifen der sozialistischen Revolution.**“ (Programm der MLPD, Hervorhebung R.W.)*

Innerhalb des ABSP galt bis jetzt die Praxis einer freien und gleichen Kooperation der verschiedenen Gruppen in den Städten und Zusammenschlüssen in den Regionen. Begibt sich das ABSP in die Arbeitsweise der MLPD-Vorfeldorganisationen, dann wird der Spielraum der politische „Konkurrenten“ durch Redezeitbegrenzungen und selektive Rederechte eingeschränkt, den es geht um die „proletarische Denkweise“ des Volkes, das vor dem bürgerlichen Gedankengut geschützt werden muss. Mit der „revisionistischen Denkweise“ wird die marxistisch-leninistisch-stalinistische Partei fertig, in dem über Delegiertenwahlen die eigene Führung abgesichert wird die wiederum mit Hilfe von durchgestimmten Resolutionen ohne ernsthafte Debatte legitimiert wird.

Das ABSP hat bis jetzt eine wichtige Funktion als Mittler zwischen verschiedenen Protestmilieus der alten und der neuen Linken, der Erwerbslosen und der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten gewirkt. Das war nur durch die offenen Arbeitsweise möglich.

- ⊗ Der MLPD und ihr Umfeld in den Montagsdemonstrations-Initiativen war bekannt, dass die Optimierung der HartzIV-Repressionen mit dem Forstentwicklungsgesetz im

Juni eingeführt wird und das es im Herbst zu einer gewerkschaftlichen Kampagne kommen wird. Aus strategischen Gründen wurde ihr Umfeld nicht ernsthaft zum 3. Juni mobilisiert. Auch das ist **einer** der Gründe, weshalb es die Schulden mit dem Sonderzug aus NRW gegeben hat.

- ⊗ Der DGB hat seit der Aktions- und Strategie-Konferenz im letzten Jahr erklärt, dass er seine Position zu einer gesellschaftlichen Mobilisierungskampagne auf seinem Gewerkschaftskongress eine Woche vor der Demonstration am 3. Juni klären wird. Auf der dort beschlossenen Grundlage wird gerade eine Dachkampagne um die Themenfelder:
  - ⊗ „*Generationensolidarität (Rente und Jugendarbeitslosigkeit/Ausbildung)*“
  - ⊗ *Verteilungsgerechtigkeit (Mindestlöhne/Hartz IV/Unternehmenssteuerreform)*
  - ⊗ *Solidarisches Gesundheitswesen*
  - ⊗ *Mitbestimmung*“ entwickelt
- ⊗ Es gibt die Willensbekundung der bewegungsoffenen Gewerkschaftsfunktionäre um den Anzeigenkreis des IG Metall Beauftragten für soziale Bewegungen, Horst Schmitthenner: **nicht noch einmal potentielle Bündnispartner mit einseitigen Entscheidungen des DGB-Bundesvorstands zu konfrontieren**. Im Gegensatz zu den eingedämmten Aktivitäten um den europäischen Protesttag gegen Sozialabbau am 3. April 2004 verfolgt der DGB das Konzept von dezentralen Demonstrationen, das sonst soziale Protestbewegungen immer eingefordert haben, um die eigene, unabhängige Mobilisierung nicht durch zu hohe Fahrkosten zu erschweren.
- ⊗ Am 7. September wird es auf Grund des Drängens des ABSP und Peter Grottians ein Beratungstreffen mit Annelie Buntenbach (jetzt im Bundesvorstand des DGB´s zuständig für den Bereich Sozialpolitik) geben, bei dem verschiedene Akteure der Sozialproteste, der Sozialen Bewegungen, aus den Sozialverbänden und kirchlichen Einrichtungen zusammen kommen, um über ihre jeweiligen Vorhaben und Kampagnenansätze zu diskutieren und zu schauen, in welchen Maße diese zeitlich abgestimmt und aufeinander bezogen werden können. Aus diesem Treffen wird keine Praxis der „freien und gleichen Kooperation“ (Chr. Spehr) entstehen, bei der alles durch alle Kooperationspartner ausgehandelt werden kann.
- ⊗ Das Netzwerk des ABSP kann sowohl bei dem Gespräch in Berlin ihre zentralen Positionen im Bereich der sozialen Grundsicherungen in dieser Republik stark machen (armutsfeste, repressionsfreie Grundsicherung, die zu einem Grundeinkommen ausbaubar ist, ein gesetzlicher Mindestlohn und Mitbestimmungsrechte, Arbeitszeitverkürzung und ein öffentlich geförderter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungssektor als Instrument der Arbeitsumverteilung) und auf Redebeiträge von Betroffenen aus den sozialen Protestbewegungen drängen.
- ⊗ Auch die bewegungsoffenen Gewerkschafter können sich auf der Bundesebene nur so weit bewegen, wie es nicht den Kompromissrahmen des gewerkschaftlichen Dachverbandes und der Einzelgewerkschaften sprengt. Eine weitergehende Zusammenarbeit in Form von **Sozialen Bündnissen** ist nicht nur bei den geplanten Demonstrationen, sondern auf allen lokalen und regionalen Ebenen möglich und sinnvoll, wo das Netzwerk des ABSP agiert.
- ⊗ Im Rahmen solcher Bündnisse lassen sich gemeinsame Mobilisierungsveranstaltungen umsetzen, bei denen die Initiativen des ABSP die eigenen Positionen darstellen. Aus den Schwerpunkten der Dachkampagne des DGB und der eigenen Kampagnenplanung des ABSP lassen sich durchaus aus den konkreten Problemen vor Ort gemeinsame Aktivitäten entwickeln. Wieso folgt ver.di nicht dem Modell der IGM und bildet zusammen mit der BAG-SHI und dem ABSP unabhängige Berater gegen HartzIV-Repressionen aus?

### **3. Eine integrale Konzeption für zuspitzbare Kampagnenansätze des ABSP ist notwendig**

- ⊗ Der DGB wird immer eher nach innen gerichtete Aufklärungskampagnen und nach außen gerichtete Mobilisierungskampagnen organisieren. Die Stärke von Sozialprotesten und neuen Sozialen Bewegungen liegt darin, dass sie auch zuspitzende Druckkampagnen mit Elementen des zivilen Ungehorsames und des offenen Regelverstößes entwickeln. Gewerkschaften können das nur in tariflichen/ betrieblichen Auseinandersetzungen anwenden, da es (leider) kein politisches Streikrecht in der Bundesrepublik gibt.
- ⊗ Zum Herbst wird es verschiedene Vorstöße der Regierung zur Verschärfung der Repression gegen sogenannte „Arbeitsunwillige“ und einen Vorstoß in Richtung eines „Kombilohns“ geben. Genauso wie das Alg II, die Zwangsbeschäftigungsgelegenheiten der MAE-Stellen wird der Kombilohn ein Gewöhnungs- und Legitimierungsinstrument sein, um die Höhe des staatlich gewährten Existenzminimums zu senken und die zeitliche Dauer der Gewährung ähnlich zu befristen, wie das in den USA praktiziert wurde, um einen massenhaften Niedriglohnmarkt zu erzwingen.
- ⊗ Unsere eigene Kampagnenplanung sollte bei niedrigschwelligen Angeboten für jeden Erwerbslosen ohne rechtliche Konsequenzen beginnen, eigene dramatische Höhepunkte in Mobilisierungszeiten setzen, ohne großen Aufwand umsetzbar sein und zum Ende hin so zuspitzbar werden, dass es zu konkreten Verwandlungssituationen Vorort kommen kann. Wichtig ist es, in der Phase der jeweiligen Entwicklung eines Kampagnenelements die jeweiligen Grundlagen für die Absicherung der zentralen Akteure geschaffen wird. Eskalationsstufen sind wichtig, die Risiken müssen aber kalkulierbar bleiben und es muss auch „Ausstiegsszenarien“ geben, wenn die Gefahren gegenüber den Nutzen für den Einzelnen und die tragende Gruppe überwiegen.

Im Sinne dieser Grundüberlegungen macht es einen Sinn:

1. In der Phase der Vor-Mobilisierung ein niederschwelliges Angebot zu entwickeln, in dem Erwerbslose erklären, weshalb sie einen gesetzlichen Mindestlohn und entsprechende Erwerbsarbeitsangebote erwarten, weil sie die Abwärtsspirale dieser neoliberalen Anpassung von Unten als eine Gefahr für die sozialen Sicherungssysteme ansehen, die nicht mehr ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen finanzierbar sind. (Vorbereitete Musterschreiben und Unterschriftenlisten, in den Erwerbslose die ver.di, IGBAU und NGO Kampagne kritisch unterstützen und gleichzeitig begründen, wieso 10 € eine angemessene Forderung sind.
2. Eine Woche vor dem Demonstrationstermin werden die Themen der ungenügenden Kosten der Unterkunft, der bisher bekannten „Zwangsumzüge“ der „Stallpflicht“ für die jungen Erwerbslosen und der eingeführten Residenzpflicht und ständige Verfügbarkeit durch Zeltbelagerungen der „Agenturen für Arbeit“ thematisiert. Die Zuspitzung kann durch die angedrohten Räumungen und deren öffentliche Verhinderung hergestellt werden. In diesen Zeitraum ist auch ein regierungstechnischer Vorstoß zu erwarten.
3. Ab Januar ist es gesetzlich möglich, „unkooperativen“ Erwerbslosen alle Leistungen zum Lebenserhalt zu entziehen, bis er „funktioniert“. Das wird viele von unseren Akteuren treffen können. Das Instrument einer unbefristeten Mahnwache oder eines abgesicherten Hungerstreiks können Rücknahmen bei den jeweiligen „Opfern“ erzwingen. Solche Schritte setzen aber voraus, dass wir Solidaritätsfonds einrichten und uns bewusst dabei auf eigene Bewegungshochburgen konzentrieren.

Hungerstreiks haben einen hohen symbolischen Gehalt und sind ein Instrument der ultima ratio. Wir können es nicht ständig benutzen, weil es sich dann verbraucht. Gut geführte Hungerstreiks mit gesellschaftlicher Unterstützung können unser Höhepunkt in der Politisierung der Proteste des Frühjahrs sein und dem Sozialstaatskongress des DGB's einen andern Gehalt geben.

Überlegungen aus dem Koordinierungskreis des Aktionsbündnis Sozialproteste.